

Irmhild Knoche:
zum Bauvorhaben Gesamtklinikum Schaumburger Land in der
Feldmark Vehlen auf der Ratssitzung
am 24.11.2010

Natürlich sitzen hier im Rat einige verdiente Ratsmitglieder. Trotzdem war die BI sehr erstaunt, in welcher Art und Weise die Einwände gegen die Bauplanung im Entwurf zur 36.

Flächennutzungsplanänderung im Ausschuss für Stadtentwicklung durchgewunken wurden. Hier kommt der Stadt Obernkirchen als Herrin der Bauleitplanung große Bedeutung zu. Aber da überlässt man Herrn Eppmann von Prodiako lieber Initiative.

Z.B. die Fördermittel zur Verkehrsanbindung des Klinikums: diese müssen ja von Prodiako beim Land beantragt werden, da dieses die Anbindung zu 80 % aus den Mitteln des Entschließungsgesetzes finanziert.

Noch völlig unklar ist ob der Antrag gestellt wurde, in welcher Höhe er gestellt wurde, wo doch noch gar nicht kalkuliert werden kann wie hoch die Brücke über die Aue gebaut werden muss angesichts der Wasserprobleme, die es am Standort gibt. Das Positionspapier Vehlen zur verkehrsgerechten Einmündung der L451 in die B65 und zur Verkehrsberuhigung an der Vehler Mühle ist doch Bestandteil der Verkehrsanbindung des Klinikums.

Leider wird im Konsortialvertrag die Steuerung und Durchführung des Krankenhausbaus der Krankenhausprojektgesellschaft übertragen. Damit wird dem Investor, Prodiako ein großer Entscheidungsspielraum in bezug auf die Standortauswahl eingeräumt, weil er dort die Mehrheit hat.

Damit sind die rechtlich zuständigen Institutionen des Landkreises (regionalplanerisch, landschaftsplanerisch und Denkmalpflege) und die Kommune Obernkirchen (Planungshoheit) aber keineswegs ihrer Verantwortung enthoben.

Und genau diese, die Wahrnehmung dieser Verantwortung, die dem öffentlichen Wohl verpflichtet ist, sehe ich zur Zeit überhaupt nicht. Hier gab und gibt es in Bezug auf die Standortsuche überhaupt keine Transparenz. In der von Herrn von Luckwald dargestellte Abwägung werden dem Leser in einer Matrix für 15 Standorte 100 Kriterien um

die Ohren gehauen. Diese werden überhaupt nicht gewichtet und fundiert. Die bisher in der Öffentlichkeit dargestellten Hauptausschlusskriterien wie Bergbau und Bundeswehr – wenn man so will- müssten bei einer seriösen Planung fundiert, d.h. durch Gutachten dargestellt und entsprechend in die Abwägung der Standort einbezogen werden müssen.

Bei der Beurteilung der Alternativstandorte wurde von Herrn Eppmann in der Öffentlichkeit einfach behauptet, die Bundeswehr habe ihr Veto dagegen eingelegt. Dagegen hat sie lediglich von Auflagen bei den anderen Standorten gesprochen und durchaus Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Dann wurde das Wasserproblem völlig heruntergespielt. Da wär keins, sagte Herr von Luckwald bei der öffentlichen Begehung vor einigen Wochen. Jetzt stellt sich heraus, dass der Grundwasserspiegel bis an die Oberfläche reicht und zusätzliche kostspielige Baumaßnahmen eingeplant werden müssen.

Da kann man doch überhaupt nicht von einer seriösen Abwägung der Standorte reden! Ich habe große Bedenken, dass diese Bauplanung einer gerichtlichen Überprüfung standhält. Und appelliere an den Rat die Abwägung der Standorte einer qualifizierten Bauleitung zu übertragen.